

POSTULAT UND EVENTUELL MOTION DER ALTERNATIVEN FRAKTION

BETREFFEND FLEXIBLE ARBEITSMODELLE UND DIE
VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE

VOM 17. JANUAR 2007

Die Alternative Fraktion hat am 17. Januar 2007 folgendes **Postulat** und eventuell folgende **Motion** eingereicht:

Postulat

Der Regierungsrat wird eingeladen, Massnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie beim kantonalen Personal zu erarbeiten. Stichworte dazu sind Teilzeitarbeit auf allen Stufen, Jobsharing in der ganzen Verwaltung, Telearbeit (Arbeit zuhause), Vaterschaftsurlaub, Beteiligung an den Kosten für die externe Kinderbetreuung, etc. Der Regierungsrat soll zu diesem Zweck in einem Bericht den gegenwärtigen Zustand aufzeigen und geeignete Massnahmen ergreifen oder vorschlagen.

Motion

Soweit einzelne Massnahmen die jetzige Kompetenz des Regierungsrates übersteigen, wird der Regierungsrat beauftragt, dem Parlament eine Gesetzesvorlage betreffend „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ vorzulegen.

Begründung:

„Die demografische Entwicklung zeigt, dass wir in naher Zukunft auf die Arbeitskraft aller angewiesen sind, um die wirtschaftliche Entwicklung aufrechtzuerhalten.“ Dies sagte Bundesrätin Doris Leuthard anlässlich ihrer Medienkonferenz anfangs Januar. Dies gilt nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die öffentliche Hand – Bund, Kanton und Gemeinden brauchen familienfreundliche Arbeitszeitmodelle und weitergehende Massnahmen, wenn sie auf dem Arbeitsmarkt attraktiv bleiben wollen. Familienfreundliche Arbeitszeitmodelle werden zum Wettbewerbsvorteil.

Dank familienfreundlichen Modellen müssen sich Frauen nicht mehr zwischen Erwerbsarbeit und Karriere einerseits und Familie und Kindern andererseits entscheiden. So hat der St. Galler Wirtschaftsprofessor Franz Jaeger in der Neuen Zuger Zeitung (9. Januar 2007) folgendes festgehalten: „Der Ausbau des Betreuungsnetzes ist eine Voraussetzung für mehr Wohlstand in der Schweiz.“ Man müsse

mit einer besseren Rollenverteilung zwischen Mann und Frau das Potential der Frauen besser nutzen.

Die Alternative Fraktion erhofft sich vom Regierungsrat, dass er erstens einen umfassenden Massnahmenplan vorlegt. Und dass er zweitens Massnahmen, die bereits jetzt in seiner Kompetenz liegen (beispielsweise längerer Vaterschaftsurlaub gemäss Paragraph 33 der Verordnung zum Personalgesetz), möglichst bald selber umsetzt.
